



Präsident des Landtages  
Nordrhein-Westfalen  
André Kuper MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf



14. Februar 2018  
Seite 1 von 1

**Unterrichtung des Hauptausschusses des Landtages Nordrhein-  
Westfalen über das Abstimmverhalten des Landes zu den  
Tagesordnungspunkten der 964. Sitzung des Bundesrates am  
2. Februar 2018**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

entsprechend der in der Sitzung des Hauptausschusses am 8. Mai 2014  
erfolgten Zusage, den Hauptausschuss regelmäßig nach den  
Plenarsitzungen des Bundesrates über deren Ergebnisse und das  
Abstimmungsverhalten des Landes zu unterrichten, übersende ich  
Ihnen den beiliegenden Bericht in 60 Exemplaren mit der Bitte, diese an  
die Mitglieder des Hauptausschusses weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

*Stw*

*Stephan Holthoff-Pförtner*  
Dr. Stephan Holthoff-Pförtner





Vertretung des Landes NRW beim Bund, 11056 Berlin

2. Februar 2018  
Seite 1 von 9

Aktenzeichen

br-koordinierung  
@lv-bund.nrw.de  
Telefon 030 27575-257  
Telefax 030 27575-284

**Unterrichtung des Hauptausschusses des Landtages  
Nordrhein-Westfalen über das Abstimmverhalten des Landes  
in der 964. Sitzung des Bundesrates am 2. Februar 2018**

1. Wahl des Vorsitzenden des Ausschusses für Auswärtige  
Angelegenheiten 7/18

Der Bundesrat beschloss vorschlagsgemäß.

NRW: Zustimmung zur Wahl.

2. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des  
Erneuerbare-Energien-Gesetzes 9/18

Der Bundesrat überwies den Gesetzentwurf in die  
Ausschüsse (Wi – U).

- b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des  
Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 3/18  
3/1/18

Der Bundesrat brachte den Gesetzentwurf nach  
Maßgabe gemäß Drs. 3/1/18 (ohne Ziffer 1 und 3)  
beim Deutschen Bundestag ein und bestellte Herrn  
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (NW) zum  
Beauftragten.

NRW: Zustimmung zur Einbringung nach Maßgabe  
gemäß Ziffern 2 und 5 in Drs. 3/1/17 und zur  
Bestellung.

Dienstgebäude und  
Lieferanschrift:  
Hiroshimastraße 12 - 16  
10785 Berlin-Tiergarten  
Telefon 030 27575-0  
Telefax 030 27575-221  
poststelle@lv-bund.nrw.de  
www.nrw.berlin

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Buslinie 200: Tiergartenstr.  
Buslinie M29: Hiroshimasteg  
Buslinien 100, 106, 187, 200,  
N26: Nord.  
Botschaften/Adenauer-Stiftg.

3. Entschließung des Bundesrates zur Entfristung der SED-  
Unrechtsbereinigungsgesetze 743/17  
743/1/17  
743/2/17

Der Bundesrat fasste die Entschließung nach Maßgabe  
gemäß Drs. 743/1/17.

NRW: Zustimmung zum Fassen der Entschließung  
gemäß Ziffern 1 und 2 in Drs. 743/1/17.

4. Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des  
Konsulargesetzes 772/17

Der Bundesrat erhob gegen den Gesetzentwurf keine  
Einwendungen.

NRW: Keine Einwendungen.

5. Lagebericht der Bundesregierung über die  
Alterssicherung der Landwirte 2017 722/17

Der Bundesrat nahm von der Vorlage Kenntnis.

NRW: Kenntnisnahme.

6. Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche  
Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung  
der Einnahmen und Ausgaben, der Nachhaltigkeitsrück-  
lage sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes in  
den künftigen 15 Kalenderjahren (Rentenversicherungs-  
bericht 2017) 733/17  
733/1/17  
und  
Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungs-  
bericht 2017

Der Bundesrat nahm zu der Vorlage Stellung gemäß Drs.  
733/1/17.

NRW: Zustimmung zu den Ausschussempfehlungen  
gemäß Ziffern 1-5 in Drs. 733/1/17.

7. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Bankenaufsichtsbehörde), der Verordnung (EU) Nr. 1094/2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung), der Verordnung (EU) Nr. 1095/2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde), der Verordnung (EU) Nr. 345/2013 über Europäische Risikokapitalfonds, der Verordnung (EU) Nr. 346/2013 über Europäische Fonds für soziales Unternehmertum, der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 über Märkte für Finanzinstrumente, der Verordnung (EU) 2015/760 über europäische langfristige Investmentfonds, der Verordnung (EU) 2016/1011 über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Referenzwert oder zur Messung der Wertentwicklung eines Investmentfonds verwendet werden, und der Verordnung (EU) 2017/1129 über den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel auf einem geregelten Markt zu veröffentlichen ist  
COM(2017) 536 final; Ratsdok. 12420/17

697/17  
zu 697/17  
697/1/17

Der Bundesrat nahm zu der Vorlage Stellung gemäß Drs. 697/1/17.

NRW: Zustimmung zu den Ausschussempfehlungen gemäß Ziffern 1-22 in Drs. 697/1/17.

8. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament:  
Stärkung von Wachstum und Zusammenhalt in den EU-Grenzregionen  
COM(2017) 534 final; Ratsdok. 12419/17

709/17  
709/1/17

Der Bundesrat nahm zu der Vorlage Stellung gemäß Drs. 709/1/17 (ohne Ziffer 7, 11, 18 und 21).

NRW: Zustimmung zu den Ausschussempfehlungen gemäß Ziffern 1-6, 8-10, 12-17, 19, 20 und 22 in Drs. 709/1/17.

9. Vorschlag für eine Verordnung des Rates über das Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2019-2020) in Ergänzung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation Horizont 2020  
COM(2017) 698 final
- 736/17  
736/1/17

Der Bundesrat nahm zu der Vorlage Stellung gemäß Drs. 736/1/17 (ohne Ziffer 1, 3, 7 und 11-13).

NRW: Zustimmung zu den Ausschussempfehlungen gemäß Ziffern 1, 2, 4-6, 8-10, 14 und 15 in Drs. 736/1/17.

10. Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union  
COM(2017) 772 final; Ratsdok. 14884/17
- 756/17  
zu 756/17  
756/1/17

Der Bundesrat hat zu der Vorlage keine Subsidiaritätsstellungnahme gemäß Drs. 756/1/17 beschlossen.

NRW: Zustimmung zu den Ausschussempfehlungen (Subsidiaritätsrüge) gemäß Ziff. 1-4 in Drs. 756/1/17.

11. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss:  
Aktionsplan der EU 2017 - 2019 zur Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles  
COM(2017) 678 final
- 715/17  
715/1/17

Der Bundesrat nahm zu der Vorlage Stellung gemäß Drs. 715/1/17 (ohne Ziffer 6 und 10).

NRW: Zustimmung zu den Ausschussempfehlungen gemäß Ziffern 3 und 10 in Drs. 715/1/17.

12. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Hin zu einer möglichst breiten Verwendung alternativer Kraftstoffe - ein Aktionsplan zur Infrastruktur für alternative Kraftstoffe nach Artikel 10 Absatz 6 der Richtlinie 2014/94/EU, einschließlich einer Bewertung der nationalen Strategierahmen nach Artikel 10 Absatz 2 der Richtlinie 2014/94/EU  
COM(2017) 652 final
- 721/17  
721/1/17

Der Bundesrat nahm zu der Vorlage Stellung gemäß Drs. 721/1/17.

NRW: Zustimmung zu den Ausschussempfehlungen gemäß Ziffern 1-4 in Drs. 721/1/17.

13. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2009/33/EG über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge  
COM(2017) 653 final; Ratsdok. 14183/17
- 726/17  
zu 726/17  
726/1/17

Der Bundesrat nahm zu der Vorlage Stellung gemäß Drs. 726/1/17 (ohne Ziffer 2, 5, 6, 7 Satz 2, 9, 10, 12, 13 und 18).

NRW: Zustimmung zu den Ausschussempfehlungen gemäß Ziffern 2-5, 7, 8, 11, 14, 15, 17 und 19-22 in Drs. 726/1/17.

14. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 92/106/EWG über die Festlegung gemeinsamer Regeln für bestimmte Beförderungen im kombinierten Güterverkehr zwischen Mitgliedstaaten  
COM(2017) 648 final; Ratsdok. 14213/17
- 725/17  
zu 725/17  
725/1/17

Der Bundesrat nahm zu der Vorlage Stellung gemäß Drs. 725/1/17.

NRW: Zustimmung zu den Ausschussempfehlungen gemäß Ziffern 1 und 2 in Drs. 725/1/17.

15. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt  
COM(2017) 647 final; Ratsdok. 14184/17

707/17  
zu 707/17  
707/1/17

Der Bundesrat nahm zu der Vorlage Stellung gemäß Drs. 707/1/17 (ohne Ziffer 1 und 2).

NRW: Zustimmung zu den Ausschussempfehlungen gemäß Ziffern 2-10 in Drs. 707/1/17.

16. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft  
COM(2017) 713 final

731/17  
731/1/17

Der Bundesrat nahm zu der Vorlage Stellung gemäß Drs. 731/1/17 (ohne Ziffer 3, 4, 9, 17, 20, 21, 23, 24, 27, 28, 30, 31, 34, 40, 42, 46, 48 und 49).

NRW: Zustimmung zu den Ausschussempfehlungen gemäß Ziffern 1, 2, 7, 8 ohne den letzten Satz, 10-12, 14-16, 18, 19, 25, 26, 29, 32-35, 37-39, 41, 43 ohne die geschweifte Klammer, 44, 45 und 47 in Drs. 731/1/17.

17. Verordnung zur Durchführung des § 118 Absatz 1, 1a und 2 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (Sozialhilfedatenabgleichsverordnung - SozhiDAV)

765/17

Der Bundesrat stimmte der Verordnung zu.

NRW: Zustimmung zur Verordnung.

18. Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über tierärztliche Hausapotheken 759/17  
759/1/17

Der Bundesrat stimmte der Verordnung nach Maßgabe gemäß Drs. 759/1/17 (ohne Ziffer 5) zu. Der Bundesrat fasste die Entschließung gemäß Ziffer 10 in Drs. 759/1/17.

NRW: Zustimmung zu den Ausschussempfehlungen Ziff. 2 – 7 und 9 in Drs. 759/1/17.  
Keine Unterstützung zur Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe.  
Keine Unterstützung zum Fassen der Entschließung gemäß Ziffer 10 in Drs. 759/1/17.

19. Zweite Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Ausgleichsjahr 2015 773/17  
zu 773/17

Der Bundesrat stimmte der Verordnung zu.

NRW: Zustimmung zur Verordnung.

20. Verordnung zur Festsetzung der Erhöhungszahl für die Gewerbesteuerumlage nach § 6 Absatz 5 des Gemeindefinanzreformgesetzes im Jahr 2018 774/17

Der Bundesrat stimmte der Verordnung zu.

NRW: Zustimmung zur Verordnung.

21. Verordnung zur Änderung der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung 4/18

Der Bundesrat stimmte der Verordnung zu.

NRW: Zustimmung zur Verordnung.

22. Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union (Ratsarbeitsgruppe Entwicklungszusammenarbeit) 720/17  
720/1/17

Der Bundesrat beschloss vorschlagsgemäß.

NRW: Zustimmung zur Benennung.

23. Bestellung von Mitgliedern des Verwaltungsrates der Kreditanstalt für Wiederaufbau 752/17  
752/1/17
- Der Bundesrat beschloss vorschlagsgemäß.
- NRW: Zustimmung zur Bestellung.
24. Benennung eines stellvertretenden Mitglieds für den Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen 10/18
- Der Bundesrat beschloss vorschlagsgemäß.
- NRW: Zustimmung zur Benennung.
25. Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 2/18
- Der Bundesrat sah von einer Äußerung und einem Beitritt ab.
- NRW: Keine Äußerung, kein Beitritt.
26. EntschlieÙung des Bundesrates zur aufgabengerechten Mittelausstattung der Jobcenter zur Umsetzung des SGB II 26/18
- Der Bundesrat überwies die EntschlieÙung in die Ausschüsse (AIS – Fz).
27. EntschlieÙung des Bundesrates – Anwendungsregelungen Glyphosat 740/17  
740/1/17
- Der Bundesrat beschloss die Fortsetzung der Ausschussberatungen.
- NRW: Keine Unterstützung der sofortigen Sachentscheidung.
28. EntschlieÙung des Bundesrates - Rechtssicherheit für KWK-Anlagen bei der Höhe der EEG-Umlage für Eigenstromnutzung gewährleisten 23/18
- Der Bundesrat überwies die EntschlieÙung in die Ausschüsse (Wi – EU – U)

29. Entschließung des Bundesrates zur Anhebung des Ausbauziels Windenergie auf See 27/18

Der Bundesrat überwies die Entschließung in die Ausschüsse (Wi – U).

30. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes 29/18

Der Bundesrat brachte den Gesetzentwurf beim Deutschen Bundestag ein und bestellte Herrn Staatsminister Sebastian Gemkow (SN) zum Beauftragten.

NRW: Zustimmung zur Sofortigen Sachentscheidung, zur Einbringung und zur Bestellung.

31. Antrag auf Entscheidung des Bundesrates über die Einleitung eines Verfahrens zum Ausschluss der "Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) gemäß Artikel 21 Absatz 3 des Grundgesetzes in Verbindung mit § 13 Nummer 2a, §§ 43 ff. des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes von der staatlichen Parteienfinanzierung 30/18

Der Bundesrat fasste den Beschluss einstimmig.

NRW: Zustimmung zur Sofortigen Sachentscheidung und zum Antragsbeschluss.

gez.  
Beate Krüger